



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/170 - 26.7.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Die umgewandelte Sowjetzone	S. 1
Zur Nominierung Stevensons	S. 2
Hitler, die Atombombe und die „Kölnische Rundschau“	S. 5

Die ostzonale "Verwaltungsreform"

E.Z.-Berlin, Juli 1952

Wenn am 29. Juli in den bisherigen fünf Sowjetzonenländern die neuen Bezirkstage zusammentreten, deren Mitglieder ernannt und nicht gewählt werden, um die Bezirksräte als oberste Verwaltungsfunktionäre für die 15 Bezirke der Sowjetzone zu nominieren, dann wird die unbeschränkte Herrschaft der SED sanktioniert sein. Die Zweifel darüber, was der SED-Chef Walter Ulbricht bezweckte, als er auf der Parteikonferenz die "Stärkung der Staatsmacht" durch eine Verwaltungsreform beschließen ließ, sind behoben. Diese Verwaltungsreform entpuppt sich mit schonungsloser Brutalität als Revolution von oben, die in Angleichung an das sowjetische Rätssystem dem Regime der Sowjetzone auch nach außen den demokratischen Tarnmantel nimmt. Nach einer internen Anweisung müssen die von der NfP, CDU, LdP vorgeschlagenen Funktionäre für die Bezirksverwaltung vom sog. "Demokratischen Block", in dem die SED-Mehrheit bestimmt, genehmigt werden.

Noch krasser tritt jedoch die Diktatur der SED bei der Errichtung der sog. "Kreistage" und "Kreisräte" in Erscheinung, die bisher immerhin noch als demokratisch gewählte Selbstverwaltungsorgane ihr Amt ausübten. Nach einer internen Verfügung des sowjetzonalen Ministeriums des Inneren dürfen die Vorsitzenden des Kreisrates, die früheren Landräte, nur von der SED gestellt werden. Selbst ihre Sekretäre können nur Mitglieder der SED sein.

Die Mitglieder des "Kreistages" aber werden ernannt, und zwar ein Drittel aus den Reihen linientreuer SED-Funktionäre; das zweite Drittel wird von NDP, CDU und LDP gemeinsam gestellt, und die übrigen 33 Prozent kommen aus den Reihen der Massenorganisationen, der Satellitengliederungen der SED. Nach Anweisung des Innenministeriums soll die NDP besonders stark berücksichtigt werden, also jene "Partei", die im Auftrage der SED die ehemaligen Nazis um sich sammelt.

Wenn es bisher so aussah, als ob die Sowjetische Kontrollkommission in Karlshorst angesichts des völligen Versagens der SED die sog. "bürgerlichen Parteien" als heißes Eisen in Reserve halten wollte, um vor allem für den Propagandafeldzug gegen das demokratische Westdeutschland eine Plattform zu haben, so haben die Sowjets jetzt darüber kann kein Zweifel bestehen, alles auf die Karte der sowjet-deutschen Diktatur gesetzt.

Die von der Sowjetunion vorgeschlagenen und mit allen Mitteln propagierten Viermächtebesprechungen über die Lösung der deutschen Frage sind durch diese Entwicklung in der Sowjetzone schwer belastet worden. Die diktatorische Verwaltungsreform wirft ein typisches Licht auf die Aussichten, die im östlichen Lager den Verhandlungen über gesamtdeutsche, demokratische und geheime Wahlen gegeben werden. Gerade die letzten Ereignisse in der Sowjetzone, die niemals ohne Billigung des Kreml ablaufen konnten, verpflichten die westlichen Verhandlungspartner dazu, in einer Viermächtekonferenz die Gegenseite beim Wort zu nehmen.

+ + +

Stevenson contra Eisenhower

P.R. Die Fronten im amerikanischen Präsidentschaftskampf sind geklärt - der demokratische Gouverneur von Illinois, Stevenson, steht gegen den Repräsentanten der Republikaner, General Eisenhower, Die Nominierung dieser beiden Persönlichkeiten bedeutet nach dem Urteil von guten Kennern der amerikanischen Wahl- und Massenpsychologie, daß das Ergebnis der Wahl am 4. November absolut offen ist, ganz anders als 1948, wo der allgemeine Tip der Republikaner Thomas Dewey

war - und Demokrat Truman siegte.

Sicher wurden diesmal in Chicago die beiden Persönlichkeiten benannt, die, jeder für seine Seite, wirklich die zugkräftigsten sind, zumal Truman bei seiner Weigerung blieb. Bei Eisenhower ist das ohne weiteres deutlich. "Taft kann nicht gewinnen", war eines der überzeugendsten Schlagworte im Vorstadium des Wahlkampfes. Seine Nominierung hätte wohl einen Sieg des republikanischen Parteiapparates in der Vorentscheidung, aber sicher nicht den Sieg dieser Partei in der Endschlacht gebracht, weil dieser Mann nun einmal die dafür notwendige Wirkung auf die breiten Massen nicht hat. Eisenhower aber, der vor einem Jahr noch nicht wußte, für welche Partei er kandidieren werde, ist ein solcher Magnet.

In der amerikanischen Öffentlichkeit hat das Argument großes Gewicht, daß es notwendig sei, nach zwanzig Jahren ununterbrochener demokratischer Herrschaft im Weißen Haus nun einmal einen Mann der "Grand old Party" zum Zuge kommen zu lassen. Große Teile des amerikanischen Volkes wünschen in der zentralen Verwaltung in Washington "new faces" - neue Gesichter - zu sehen, sie erhoffen sich davon einen belebenden frischen Wind, sie erblicken darin auch die erforderliche Anwendung des demokratischen Grundsatzes vom Wechsel in der politischen Macht zwischen den großen, tragenden Kräften eines Landes. Darin liegt eine der Chancen Eisenhowers.

Trotz der schließlich "einstimmigen" Nominierung des Generals hat sich der republikanische Parteiapparat nur zögernd hinter ihn gestellt. Von Beginn an aber war bis business mehr auf seiner als auf Tafts Seite, (obwohl Taft in viel ausgeprägterem Maße dessen Mann war), einfach, weil der realistische Sinn dieser Männer von vornherein begriff, daß eben Taft gegen die Demokraten keine echte Chance hatte. Dies ist Eisenhowers zweite große Stütze. Schließlich glaubt der General für sich in besonderem Maße die amerikanische Jugend mobilisieren zu können, bei der sein Name teilweise fast legendären Klang hat. Auf dieser Linie lag es auch, daß er zu seinem Vizepräsidenten den 39jährigen kalifornischen Senator Nixon bestimmte, etwas ganz Ungewöhnliches in einem Lande, in dem gerade

die Vizepräsidenten sehr betagte Herren zu sein pflegen. Der gegenwärtige, der Demokrat Barkley, mußte wegen seiner 74 Jahre auf eine Präsidentschafts-Kandidatur verzichten.

Die Nominierung Stevensons erfolgte im Gegensatz zu der Eisenhowers in einer Atmosphäre gegenseitigen Wohlwollens der verschiedenen demokratischen Kandidaten. Schon das ist für die Partei ein Vorteil. Stevenson ist ein unverbrauchter Mann, Anfang der Fünfzig, hoch befähigt und mit der für Amerika so unentbehrlichen Gabe, auf das Volk zu wirken, die z.B. seinem Gegenspieler Harriman gänzlich abgeht. Kefauver wieder, der gleichfalls über diese Fähigkeit verfügt, konnte sich nicht auf den demokratischen Parteiapparat stützen, und mußte, im wesentlichen auf sich selbst gestellt, für seine Person werben, was offenbar über seine Kräfte ging.

Die Chancen der Demokraten bestehen in der Gefolgschaft der Gewerkschaften, der Masse der kleinen Leute und mittleren Angestellten, der selbständigen Geschäftsinhaber und der meisten Neger, die mit annähernd 15 Millionen rund zehn Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen; sie bestehen in der Möglichkeit, mit unwiderlegbaren Unterlagen auf die außerordentliche Hebung des Lebensniveaus der breiten Massen während der vergangenen zwei Jahrzehnte hinweisen zu können. Dagegen wirkt heute noch im Bewußtsein der Bevölkerung die Tatsache nach, daß die schwerste Wirtschaftskrise Amerikas in der neueren Zeit unter republikanischer Präsidentschaft ausbrach und erst der New Deal Roosevelts die Wendung zum Besseren brachte.

Immerhin - Eisenhower ist für die Demokraten der gefährlichste Gegner, gegen den sie seit Jahrzehnten anzukämpfen haben. Es ist vor allem der Name des Mannes, der für sie ein ungeheuer schwer zu nehmendes Hindernis darstellt. Der Name Stevenson spielt nicht annähernd die gleiche Rolle. Bei den Demokraten ist das Hauptargument die unbestreitbare Leistung unter den vergangenen beiden Präsidenten Roosevelt und Truman.

+ + +

Mannhaftes "Führer"-Wort

Eigentlich hätten wir den Krieg gewinnen müssen. Wir waren doch allen anderen so weit voraus. Ob nicht am Ende doch alles Sabotage war ?

So ungefähr wird sacht und naiv und immer wieder gefragt. Es liegt System in dieser neuen Entwicklung einer Dolchstoßlegende, und wenn man sie nur oft genug und weit genug verbreitet, wird schon etwas hängen bleiben. Die Verbreitung haben sich - von den Reden gewisser SRP-Rabauken abgesehen - vor allem die Illustrierten angelegen sein lassen, die mit Generalshistorien und Nazimemoiren unermüdlich über die Vergangenheit ihr verklärendes Licht gossen.

Neuerdings widmen sich auch betont politische Tageszeitungen diesem Spiele. Die "Kölnische Rundschau" - CDU-Zeitung und neben dem "Rheinischen Merkur" das Leibblatt des deutschen Bundeskanzlers - tritt jetzt mit einer Artikelserie "Deutsche Waffen, die nicht mehr zum Einsatz kamen" in die von den illustrierten Zeitschriften vorgezeichneten Bahnen. Nach bewährtem Muster befließigt sie sich dabei eines sachlich wirkenden - oder wirken sollenden - Stils, und nur in kleinen, doch nicht zu übersehenden Dosen streut sie ihr Gift. Da ist in einem Abschnitt über die deutsche Atomforschung die Rede von einem Sprengversuch, bei dem auch Hitler zugegen war; und Hitler sagte: "Einen derartig fürchterlichen Sprengstoff wänden wir als Kulturation nicht an". Und damit nun auch ja niemand über diesen Ausspruch des "Führers" etwa hinweglese, bringt sie den Satz auch noch einmal extra in der Unterzeile der Überschrift.

Sparen wir uns die Auseinandersetzung darüber, ob der Psychopat vom Obersalzberg diesen Ausspruch wirklich getan hat; ihm ist möglicherweise manchmal vor seinem eigenen Schatten bange gewesen. Mit solchen Zitaten nun aber Entschuldigungen und Beschönigungen suggerieren zu wollen, dazu gehört schon ein gehöriges Maß von Nichtachtung unserer Vergangenheit und ihrer Folgen. Das brachten bisher nur die Illustrierten und die Gernegroße der SRP auf. Aber vielleicht glaubt die "X.R.", daß sie nach dem vom Verfassungsgericht ausgesprochenen Propagandaverbot für die SRP die Lücke ausfüllen müsse.

R.G.

Verantwortlich: Peter Rannau